Nummer 256 — 28. Jahrgang
Erscheint 6mal wöchentl. mit den Illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Dobezyl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 5. November 1929
Verlagsort: Dresden
Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 80 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1.50 ℳ. Belegpr. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 4703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 30711 und 21012.

Tardieus Kabinett

Nochmals eine „Regierung Poincaré ohne Poincaré" in Frankreich

Paris, 4. November.

André Tardieu hat am Sonnabend sein Kabinett endgültig gebildet. Die Ministerliste lautete folgendermaßen:

Ministerpräsident und Inneres André Tardieu; Justizministerium: Senator Lucien Hubert; Finanzministerium: Senator Théron; Auswärtiges: Briand; Krieg: Maginot; Marine: Georges Leygues; Landwirtschaft: Hennessy; Oeffentliche Arbeiten: Pernot (Unterstaatssekretär Mallarmé); Handel: Pierre Etienne Flandin; Luftfahrtministerium: Laurent-Eynac; Kolonien: Piétri; Arbeitsminister: Loucheur; Unterricht: Senator Pierre Marraud; Pensionsministerium: Senator Gallet; Ministerium für Post, Telephon und Telegraphenwesen: Germain Martin; Ministerium für Handelsmarine: Rollin.

Ministerpräsident Tardieu gab den Pressevertretern a. u. folgende Erklärungen ab: Mit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten werden wir alsbald die bedeutungsvollen internationalen Abkommen von den Kammern prüfen lassen. Auch dürfen die Beratungen des Haushalts und der Finanzreform, die damit zusammenhängen, nicht mehr verzögert werden. Das sind unsere unmittelbaren Ziele. Um sie zu erreichen, habe ich Republikaner „guten Willens" vereinigt, die von dem Geist der Zusammenarbeit erfüllt sind, der in unserer Zeit nötig ist. Wir hoffen, daß die Kammern uns ihre Mithilfe gewähren.

•

Das Kabinett Tardieu ist ohne die erstrebte Unterstützung der Radikalsozialisten zustande gekommen. Die Urteile der Presse sind dementsprechend zurückhaltend. So schreibt Matin: Ein unparteiischer Zeuge kann heute nicht daran denken, Voraussagen für die Zukunft zu machen. Bis Donnerstag, also bis zu dem Tage, an dem das neue Kabinett vor das Parlament tritt, werden die verschiedenen persönlichen Enttäuschungen Zeit zur Entspannung gefunden haben. Erst dann wird man über die Erfolgsaussichten des neuen Ministeriums urteilen können. Jetzt bereits kann man jedoch mit dem Charakter und der politischen Geschicklichkeit des Führers der neuen Regierung rechnen, der eine eindeutige Debatte hervorrufen und sie mit seinem bekannten Mut zu Ende führen wird.

„Ere nouvelle" fragt: Auf welche Mehrheit, um nicht zu sagen, auf welche Minderheit wird sich diese widerspruchsvolle Ministerformation stützen? Briand behält das Außenministerium; wir können es nur billigen, daß er aus dieser seltsamen Schlacht die Friedenspolitik gerettet hat. Das ernste Problem, das durch die Ratifizierung des Young-Planes aufgeworfen wird, ist nicht gelöst. Es ist von Wichtigkeit, daß der einzige Mann, der in der Lage ist, es im Sinne von Locarno, d. h. im Sinne der Aussöhnung Europas zu lösen, Außenminister bleibt. Das, und zwar das allein, wird das Land begreifen. — Die „Republique", das Organ Daladiers, schreibt: Die Radikalen werden sich dem Kabinett Tardieu, gegenüber nicht vorbedacht feindselig verhalten, aber sie werden nicht das Mandat vergessen, das die Demokratie ihnen anvertraut hat. Sie werden nicht nachlassen, aufmerksam über der Konsolidierung des Friedens zu wachen.

Nach der Schlacht

Welche Folgen wird die Annahme des Volksbegehrens haben?

Berlin, 4. November.

Nach genauer Ueberprüfung der bis Sonnabendabend vorliegenden amtlichen Zahlen der Eintragungen für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz" liegt nunmehr folgendes vorläufiges Ergebnis vor:

	Stimmkreis	Stimmberechtigte	Eintragungen zum Volksbegehren	v. H.
1	Ostpreußen	1 341 042	330 738	24,66
2	Berlin	1 540 882	95 655	6,21
3	Potsdam II	1 286 099	130 479	10,15
4	Potsdam I	1 270 449	190 070	14,96
5	Frankfurt a. d. O.	1 056 202	198 733	18,82
6	Pommern	1 172 255	388 206	33,12
7	Breslau	1 233 250	164 239	13,32
8	Liegnitz	789 850	103 860	13,15
9	Oppeln	822 711	62 217	7,56
10	Magdeburg	1 095 723	181 310	16,55
11	Merseburg	937 693	175 079	18,67
12	Thüringen	1 473 188	210 169	16,30
13	Schleswig-Holstein	1 041 380	140 246	13,47
14	Weser-Ems	956 939	111 983	11,70
15	Osthannover	679 485	134 868	19,85
16	Südhann.-Braunschweig	1 302 321	143 309	11,00
17	Westfalen-Nord	1 554 601	57 738	3,71
18	Westfalen-Süd	1 601 821	50 944	3,18
19	Hessen-Nassau	1 644 365	89 724	5,46
20	Köln-Aachen	1 436 372	18 928	1,32
21	Koblenz-Trier	776 332	9 687	1,25
22	Düsseldorf Ost	1 462 113	29 296	2,00
23	Düsseldorf West	1 121 280	35 462	3,16
24	Oberbayern-Schwaben	1 608 905	68 897	4,28
25	Niederbayern	590 842	15 524	2,63
26	Franken	1 620 203	217 308	13,39
27	Pfalz	590 188	16 689	2,83
28	Dresden-Bautzen	1 299 108	122 819	9,45
29	Leipzig	917 989	82 102	8,98
30	Chemnitz-Zwickau	1 247 715	198 513	15,91
31	Württemberg	1 717 104	110 551	6,44
32	Baden	1 495 624	32 325	2,16
33	Hessen-Darmstadt	913 361	27 736	3,01
34	Hamburg	887 319	35 630	4,02
35	Mecklenburg	588 448	122 779	20,86
	Zusammen	41 073 459	4 133 812	10,06

Dieses Ergebnis weicht nur wenig von den in unserer letzten Nummer gemeldeten Zahlen ab, in der ersten Berechnung waren etwas über tausend Stimmen mehr angegeben worden. An der Tatsache, daß der Volksentscheid stattfinden wird, ändert das nichts. Dieser Volksentscheid dürfte freilich erst in etwa zwei Monaten stattfinden. Bekanntlich hat die Regierung das im Volksbegehren eingebrachte Gesetz unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Reichstag tritt aber voraussichtlich erst im Dezember wieder zusammen, so daß erst nach Weihnachten, etwa im Januar, der Volksentscheid stattfinden dürfte. Die Ablehnung des Gesetzentwurfes im Reichstag ist ja angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse ohne weiteres sicher.

Wir haben bereits dargelegt, daß das „Freiheitsgesetz" im Volksentscheid unter keinen Umständen angenommen werden wird. Von seiten der Regierungsparteien wird zweifellos die Parole ausgegeben werden, dem Volksentscheid fern zu bleiben. Damit steht das Ergebnis von vornherein fest. Denn Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten — also von 21 Millionen Wählern! — an dem Volksentscheid ist notwendig, wenn der umstrittene Entwurf entgegen dem Willen des Reichstages Gesetz werden soll. Irrig ist die Auffassung (die wir zu unserem Erstaunen in Nr. 517 des Dresdner Anzeigers vertreten finden), daß bei einem nichtverfassungsändernden Gesetz die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheide, unabhängig von der Wahlbeteiligung. Diese Auffassung widerspricht dem ganz eindeutigen Wortlaut der Reichsverfassung.

Die Macher des Volksbegehrens sind sich selbstverständlich auch klar darüber, daß sie in eine sichere Niederlage hineingehen. Der Reichsausschuß für das Volksbegehren erläßt einen Aufruf, der ein wenig nach Atembeklemmung klingt: „Die Eintragung in die Ehrenliste des deutschen Volkes war ein Bekenntnis und eine Tat." Es wird nicht ganz einfach für die Gruppen des Volksbegehrens sein, sich wieder zusammenzufinden, nach dem sie sich in den letzten Tagen so erfolgreich auseinandermanövriert haben. Ein hartes Urteil über das Unternehmen Hugenbergs fällt die deutschnationale „Berliner Börsenzeitung":

„Eine starke Welle politischer Erregung hat das deutsche Volk tage- und wochenlang erschüttert. Heute folgt schmerzliche Enttäuschung für alle die, die von einem heißen Herzen getrieben, dem Begehren zugestimmt haben, folgt ein jähes Erwachen für die, die in traumhafter Verkennung der politischen Schichtungen und Stimmungen der Wählerschaft geglaubt hatten, im Nu das Drei- oder Vierfache dessen, was tatsächlich erreicht wurde, an Ja-Sagern zusammenbringen zu können.... Es ist auch zu bedenken, daß unter den Beichern des Volksbegehrens sich allermindestens ein Drittel Nationalsozialisten befinden. Tatsächlich ist also das Ergebnis des Volksbegehrens nicht die Offenbarung des wirklich vorhandenen, aber weit über Hugenberg und Stahlhelm hinaus sich breitenden nationalen Willens des nichtmarxistischen Deutschland geworden."

Die Erkenntnis, daß Hitler der eigentliche Sieger beim Volksbegehren ist und daß der „Erfolg" Hugenbergs in erster Linie darin besteht, den Nationalsozialisten Wähler zuzuführen, dürfte in den nächsten Wochen in immer weitere Kreise der Deutschnationalen Partei dringen. Wir glauben, daß die Gemeindewahlen in all den Orten, in denen die Deutschnationalen nicht sich auf Gemeinschaftslisten gesichert haben, den gewaltigen Abmarsch aus dem deutschnationalen ins nationalsozialistische Lager deutlich zeigen werden. Das Volksbegehren hat gesiegt, aber es ist ein „Pyrrhus-Sieg", auch Hugenberg kann ausrufen: „Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren!" — Nun, die Niederlage, die ihm beim Volksentscheid sicher bevorsteht, wird ihm die gleichen Dienste tun. Dann wird man in der Deutschnationalen Partei hoffentlich erwachen. Denn so wie bisher geht es nicht weiter. Die Erfolge des Kurses Hugenberg liegen heute vor aller Augen: Lähmung der Deutschnationalen Partei, Stärkung der Nationalsozialisten und Befestigung der Macht der Sozialdemokratie.

Neugliederung der Parteien?

O. K. Die Diskussion über eine Neugliederung des deutschen Parteiwesens, die schon seit langem einen hervorragenden Raum in der Erörterung aktueller Zeitfragen in der deutschen Oeffentlichkeit einnimmt, hat durch die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit einen neuen fruchtbaren Anstoß erfahren. Der Tod des Führers der Deutschen Volkspartei und mehr noch die als politische Tat — wenn man sie überhaupt als solche bewerten will — so unvernünftige Aktion des Volksbegehrens hat diesen Auseinandersetzungen neue Nahrung gegeben. Das bislang mehr stimmungsmäßige Empfinden für die sich im Untergrund des deutschen Parteiwesens vollziehenden Verlagerungen, das in den zahlreichen Reden politischer Führer und in den Erörterungen der Presse einen zum Teil nur vorsichtig angedeuteten Ausdruck fand, beginnt langsam in konkreteren Vorschlägen Gestalt anzunehmen.

Wir haben unsere Leser über die hauptsächlichsten Kundgebungen auf diesem Gebiete, soweit das im Rahmen einer Tageszeitung möglich ist, auf dem Laufenden gehalten und können uns daher heute darauf beschränken, die verschiedenen Bewegungen kurz zu skizzieren: Wir sehen hier einmal die unter dem Begriff der „Nationalliberalen Vereinigung" bekannten, auf einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien gerichteten Bestrebungen, die allerdings in der demokratischen und volksparteilichen Presse selbst zum Teil eine recht kühle Aufnahme finden. Daneben spielen Kräfte, die sich am besten unter dem Namen der „jungkonservativen Bewegung" zusammenfassen lassen. Eingesetzt hat diese Bewegung mit der Aufrichtung der Parteidiktatur Hugenbergs, und sie fand ihren ersten organisatorischen Ausdruck in der Gründung der Landvolkpartei, die heute noch, wie ihr Verhalten zum Volksbegehren gezeigt hat, den Deutschnationalen gegenüber eine unsichere Hilfsstellung einnimmt, in deren jungbäuerlichen Kreisen sich aber mehr und mehr eine starke Unzufriedenheit mit der rein negativen Einstellung der Rechtsparteien zum Staate bemerkbar macht. Auf der jüngsten Tagung in Halle hat einer der Führer der Partei, Landrat Dr. Gereke, versucht, einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber Hugenberg zu ziehen und den Wunsch seiner Anhänger nach einer loyalen und positiven Mitarbeit am Staate betont. Daß die Unzufriedenheit im Lager der Rechten sich nicht allein auf die bäuerlichen Kreise erstreckt, haben im übrigen die verschiedenen krisenhaften Vorgänge in der Deutschnationalen Partei seit der Uebernahme der Führung durch Hugenberg gezeigt. Der gestern veröffentlichte Aufruf des „Jungdeutschen Ordens" ist der erste größere Versuch, eine organisatorische Aufnahmestellung für die Kräfte zu schaffen, die eine rein plutokratisch orientierte Führung ablehnen und die auf staatsbejahender christlich-konservativer Basis eine tiefere ethische Fundierung ihrer politischen Haltung erstreben. Als dritte Bewegung, allerdings von weniger grundsätzlicher Bedeutung, seien in diesem Zusammenhang noch gewisse Bürgerblockideologien erwähnt, die in der Hauptsache sich an den nächstliegenden politischen Aufgaben, wie Finanz- und Steuerreform, zu orientieren suchen.

Wir verkennen die Wichtigkeit dieser konkreten politischen Aufgaben nicht. Im Gegenteil: Wir sind uns durchaus der Tatsache bewußt, daß alle politischen Grundsätze ohne ihre Anwendung auf die Praxis keinen Sinn haben. Aber wir verschließen uns auch auf der andern Seite nicht der Erkenntnis, daß die Wurzel der heutigen Parteimisere in Deutschland tiefer liegt, daß es vielfach gerade an der notwendigen grundsätzlichen Orientierung fehlt. Wenn das Volk heute in seinen breiten Massen der Volksvertretung im Parlament mehr denn je mit einer gewissen Skepsis gegenübersteht, so liegt das eben in der Hauptsache daran, daß es im parlamentarischen Betrieb vielfach nur noch parteipolitische Taktik und beitenfalls eine gegenseitige Aushandelung materieller Klasseninteressen zu erkennen vermag und die große verbindende politische Linie vermißt. Es ist bezeich- Neugruppierung zunächst den Begriff „Partei" meist ängstnend, daß man heute bei den Versuchen einer politischen lich zu vermeiden sucht, und das Ueberhandnehmen des Bündewesens in Deutschland läßt sich sicher nicht allein mit dem Schlagwort „jugendliche Romantik" abtun.

Mit einer lediglich äußeren Umgruppierung unseres Parteiwesens auf der Grundlage eines parlamentarischen Rechenexempels würden sich diese Schwierigkeiten nicht beheben lassen. Parteien lassen sich nicht künstlich schaffen. Sie müssen organisch wachsen und sich entfalten als Ausdruck der politischen Problemlage. Wir können nicht einfach das ideale Zweiparteiensystem der angelsächsischen Länder auf Deutschland übertragen, so sehr es auch zu begrüßen wäre, wenn die Opposition in den

A-Mat z. Dresden stadtbibliothek
SLUB Wir führen Wissen.